

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXIV/235

Bonn, den 9. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
- 1a	<u>Einen Monat danach</u> Vom Stillstand zur Bewegung der deutschen Politik Von Günter Markscheffel	95
2	<u>Die NPD in Schleswig-Holstein</u> Zahlen, die zu denken geben	64
- 4	<u>"Christenverfolgung" in Bonn?</u> Interessante Widersprüche in der katholischen Presse	81

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Deutschlandvertrag und Oder-Neiße-Linie
Egon Franke: Verhandlungsangebot ohne Vorbehalte
Die Deutschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung
Falschmeldung über Unterredung beim Vatikan
Dank für klare Worte in der Regierungserklärung
Pommer wurde Oberbürgermeister
Ost- und mitteldeutscher Arbeitskreis in Duisburg
Die Republik der Heimatlosen

Einen Monat danach

Vom Stillstand zur Bewegung der deutschen Politik

Von Günter Markscheffel

Wer vor gut einem Monat, also kurz nach der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, vorausgesagt hätte, die neue Bundesregierung werde noch bis zum Ende dieses Jahres der deutschen und internationalen Politik neue Akzente gegeben haben, wäre sicher mit einem skeptischen Lächeln bedacht worden. Die inzwischen bekannt gewordenen Tatbestände haben jedoch selbst Gegner der neuen Bundesregierung dazu veranlaßt, ihre konstruktive Mitarbeit anzubieten und gelegentlich sogar ein öffentliches Lob auszusprechen.

Was ist geschehen? Der Atomsperrvertrag wurde unterzeichnet, die Europapolitik konnte wieder in Gang gebracht werden. Das Atlantische Bündnis hat - nicht zuletzt auf der Grundlage von Vorstellungen, die von dem früheren Bundesaußenminister Brandt entwickelt worden waren - erneut seinen Wunsch bekräftigt, aktiv in die Bemühungen zur Entspannung zwischen Ost und West in Europa eingeschaltet zu werden. Außerdem hat der NATO-Ministerrat Vorschläge zu gleichwertigen Abrüstungsmaßnahmen an die Adresse der Warschauer Paktstaaten gerichtet.

Im Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion und zu den übrigen Staaten des Warschauer Paktes bahnt sich ein Prozeß der Versäglichung aller Beziehungen an. Sogar das Klima zwischen Bonn und Ostberlin ist nicht mehr ganz so rau, wie es noch vor einem Jahr war.

Wenn jetzt in Moskau zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion über Möglichkeiten zum Abschluß eines Abkommens über Gewaltverzicht verhandelt wird und wenn auch die Verbündeten der Sowjetunion sich zunehmend für bilaterale Gespräche mit dem gleichen Ziel interessieren, so darf man wohl mindestens sagen, daß hier erste Ansätze zu einer Überwindung des nunmehr seit 20 Jahren andauernden Mißtrauens zwischen Ost und West zu verzeichnen sind; dies ohne Illusionen und ohne übertriebene Hoffnungen, die auch heute noch nicht gerechtfertigt sind.

Will man die Position der Bundesrepublik in dieser Entwicklung richtig einschätzen, so muß festgestellt werden, daß alle Unkenrufe der parlamentarischen Opposition über einen angeblichen Vertrauensschwund gegenüber unseren westlichen Verbündeten durch diese selbst Lügen gestraft wurden. Nicht nur während der Europagipfel-Konferenz in Den Haag und während der NATO-Konferenz in Brüssel haben die Regierungschefs der mit uns befreundeten Staaten die Politik der neuen Bundesregierung ausdrücklich und öffentlich gutgeheißen. Auch der amerikanische Außenminister Rogers sowie der amerikanische Verteidigungsminister Laird haben in Bonn selbst und tags darauf noch einmal in Paris ihre volle Übereinstimmung zur Kontaktaufnahme zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion erklärt. Bei dieser

Gelegenheit hat Laird erneut alle Meldungen energisch dementiert, nach denen es über diesen Punkt Unstimmigkeiten zwischen Bonn und Washington gegeben habe.

Es gibt zwei entscheidende Gründe dafür, daß die neue Bundesregierung in so relativ kurzer Zeit Bewegung in die internationale Politik bringen konnte, was noch vor wenigen Monaten kaum für möglich gehalten worden wäre. Der eine Grund: Bundeskanzler Willy Brandt arbeitet mit dem neuen Bundesaußenminister Walter Scheel in völliger Übereinstimmung zu der vom Kabinett gemeinsam festgelegten Politik zusammen.

Vieles von dem, was jetzt in Fluß gerät, hat seine Ansätze bereits aufgrund sozialdemokratischer Initiativen in der Politik der Regierung der Großen Koalition. Je näher die Bundestagswahl jedoch heranrückte, umso häufiger wurde der damalige Außenminister in seiner ursprünglich vom Kabinett gebilligten Politik von jenen Kräften im Bundeskanzleramt gebremst, die es nicht ertragen wollten, daß ein sozialdemokratischer Außenminister sichtbare Erfolge haben könnte. Dadurch wurde die ursprüngliche Politik der Regierung der Großen Koalition ins Zwielicht gebracht und dadurch geriet manches ins Stocken, was man sich bei Bildung dieser Regierung gemeinsam vorgenommen hatte. Heute arbeiten der Bundeskanzler und sein Außenminister reibungslos zusammen und heute können deshalb auch Fortschritte erzielt werden. Fallstricke, die im Hinterhalt gelegt werden, braucht diese Regierung nicht zu befürchten.

Der zweite Grund: In den Staaten des Warschauer Paktes scheint sich zunehmend die Erkenntnis durchzusetzen, daß die auch dort proklamierte Politik der Entspannung nur dann zu einem Erfolg geführt werden kann, wenn durch pragmatisches Vorgehen auf beiden Seiten zunächst noch bestehende Interessengegensätze abgebaut und später sogar gemeinsame Interessen gefunden werden können. Dazu kommt noch, daß es selbst doktrimentarischen Kommunisten immer schwerer fällt, Männer wie Heinemann Brandt oder Scheel zu "Revanchisten, Militaristen und Imperialisten" abzustempeln.

Das Ausloten einer gemeinsamen Interessenlage trotz Fortdauer bestehender ideologischer Gegensätze beginnt mit der ganz nüchternen Feststellung, daß ein nicht gebremster Rüstungswettlauf so ungeheure Kosten verschlingt, daß es mit der Zeit schizophren wirken würde, wollte man noch weiter von der Verpflichtung zum sozialen Fortschritt reden. Milliardenbeträge, die für den sozialen und kulturellen Fortschritt eingesetzt werden könnten, lassen sich zwar nicht von heute auf morgen abbauen; sie müssen aber als sinnlos erkannt werden, wenn es überhaupt noch eine Hoffnung geben soll, jemals das latente Anwachsen von Rüstungsausgaben zugunsten besserer Zwecke abzustoppen.

Wer da meint, es habe doch alles keinen Zweck, selbst Anfangserfolge auf dem Weg zu einer Politik der Entspannung seien nutzlos, der sollte nicht mehr davon reden, daß er eine Politik der Friedenssicherung anzusteuern gedenkt. Aber selbst, wenn das gegenseitige Mißtrauen noch zu stark sein sollte und selbst, wenn wieder Rückschläge verzeichnet werden müßten, besteht kein Grund zu einer Politik des Nichtstuns. Das Verhältnis zu unseren Verbündeten ist klar, das Europaschiff konnte wieder flott gemacht werden - nun muß auf dieser Grundlage überzeugend eine deutsche Politik entwickelt werden, die niemandem Anlaß geben kann, an dem Wunsch des ganzen deutschen Volkes nach Frieden und Entspannung zu zweifeln.

Die NPD in Schleswig-Holstein

Zahlen, die zu denken geben

re - Im April nächsten Jahres finden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt. Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl hat die rechtsextremistische NPD eine gute Chance, in zahlreiche Kommunalparlamente des nördlichen Bundeslandes einrücken zu können. Es wird vor allem Aufgabe der kleiner Hauptregierungspartei CDU sein, sich eindeutig gegen diese Rechtsextremisten abzusetzen und nicht den Eindruck zu erwecken, man könne hier und da mit ihnen kooperieren.

Vor allem im schleswig-holsteinischen Landtag ist die CDU aufgefordert, eine eindeutige politische Auseinandersetzung mit den vier NPD-Abgeordneten zu führen. Die weltanschauliche Auseinandersetzung der CDU bis hinunter ins kleinste Kommunalparlament Schleswig-Holsteins gegenüber den Rechtsradikalen steht ihr bevor.

Die Teilergebnisse der Bundestagswahl geben zu denken, wenn die NPD in Schleswig-Holstein auch bei der Bundestagswahl mit 4,3 Prozent der Stimmen unter der Fünf-Prozent-Klausel blieb. Aber schon im Wahlkreis des Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel (CDU), der in Steinburg-Süderdithmarschen (Kreis 4) direkt gewählt wurde, brachte es die NPD auf 5,6 Prozent der Stimmen. Der Landkreis Süderdithmarschen allein brachte es in diesem Bundestagswahlkreis auf 6,7 Prozent NPD-Stimmen. Durch die Gebietsreform wird er bei der Kommunalwahl mit Norddithmarschen verschmolzen. Hier gab es bei der Bundestagswahl 6,4 Prozent NPD-Stimmen. Die schleswig-holsteinische CDU in dieser NPD-Hochburg, die gleichzeitig ihre Hochburg ist, wird alles daran setzen müssen, die NPD unter die Fünf-Prozent-Sperrklausel zu drücken.

Das gleiche gilt für den Landkreis Flensburg mit fünf Prozent und den Landkreis Oldenburg mit 5,2 Prozent. Gelingt es hier nicht, der NPD Verluste beizubringen, wird sie bei der Kommunalwahl erstmals in diese Kreisparlamente einziehen.

Besondere Aufmerksamkeit ist auch einer Reihe von Stadtparlamenten zu widmen. Dabei handelt es sich zum Teil um Mittelstädte, die mit starken Bundeswehrgarnisonen belegt sind. In Eutin und Neustadt in Holstein brachte es die NPD bei der Bundestagswahl auf über fünf Prozent der gültigen Stimmen. In Bad Schwartau, Bad Segeberg, Heide, Alzehoe, Plön, Ratzeburg und Schleswig lag sie gerade darunter.

Einer besonderen Schwerpunkt hatte die NPD an der schleswig-holsteinischen Westküste bei der Bundestagswahl. Das war vor allem dort, wo der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Glüsing direkt gewählt wurde. In den Dörfern brachte es die NPD hier bis auf 30 Prozent der gültigen Stimmen. Erschütternd ist beispielsweise, daß die Bauern in dem neuen Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog, welcher der Bundesrepublik Deutschland über 30 Millionen Mark kostete, zu 5,6 Prozent die NPD wählten. Überhaupt haben die hoch subventionierten Bauern in den reichen Kögen hinter den Deichen der Nordsee in ungewöhnlich starkem Ausmaß sich für die NPD entschieden.

"Christenverfolgung" in Bonn?

Interessante Widersprüche in der katholischen Kirche

Kn - Dem Versuch rechtskonservativer Kreise in der CDU/CSU, die katholische Presse als Phalanx in die Opposition einzureihen und sie mit den alten ideologischen Sprengköpfen gegen die Sozialdemokratie auszurüsten, ist ausgerechnet das von den westdeutschen Bischöfen finanzierte Wochenblatt "Publik" in die Quere gekommen. Das immerhin noch von einem Drittel der 22 Bischöfe gutgeheißene Blatt, dem kürzlich erst von orthodoxen Kreisen politischer wie klerikaler Observanz das Lebenslicht ausgeblasen werden sollte, hat sich entschieden gegen die für katholische Wähler gezielt zugeschnittene These ausgesprochen, die neue Bonner Regierung würde in ihren Ministerien und Ämtern eine "Christenverfolgung" praktizieren. Es stimme einfach nicht, daß die politischen Beamten "auf der CDU-Linie" wegen ihrer religiösen Überzeugung oder um ihres Glaubens willen "verfolgt" würden. An die Adresse der "Blutbad"-Propagandisten schrieb "Publik" unmißverständlich: Das Damoklesschwert, das über den politischen Beamten schwebte, sei von der CDU selbst geschärft worden.

Ausgerechnet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei es nämlich gewesen, die 1953 hartnäckig dafür Sorge getragen habe, daß über die Staatssekretäre hinaus auch die Ministerialdirektoren in die "demokratischen Wechselbäder" geraten können, und man könne auch nicht die SPD für das zweifellos vorhandene Defizit an katholischen Regierungsbeamten verantwortlich machen, wie behauptet worden sei. Das Resümee des katholischen Intelligenz-Blattes: "Keine Christenverfolgung in Bonn."

Liest man dagegen die "neue bildpost", die an den Schriftständen vieler Kirchen angeboten wird, den "Rheinischen Merkur", der kürzlich Subventionierung durch die Bischöfe forderte, oder gar die Kirchenoffiziöse Nachrichten-Agentur KNA, dann werden in Bonn Christen "geschlachtet" wie zu Neros Zeiten. Da werden Gefahren zwischen Kirche und Staat heraufbeschworen, da heißt es, daß die neue Regierung die Katholiken als Menschen zweiter Klasse einstuft, da werden die Nazis als harmlos gegenüber den "neuen Bonner Machthabern" bewertet. Mit Nonchalance also wird hier parteipolitische Taktik bar jeder Fairneß praktiziert, wird falsches Zeugnis wider den politischen Gegner geredet.

Es ist in der Tat grotesk, wenn das im Auftrage der westdeutschen Bischöfe herausgegebene Magazin "Weltbild" Millionen Kirchgängern (auch diese Schrift wird in Kirchen verkauft) einredet, bei der Entlassung politischer Beamter sie es "viel schlimmer" zu-

gegangen "als die ersten Meldungen vom Blutbad in den Bonner Ministerien befürchten ließen", wenn vom "beruflichen Ende ganzer Beamten-Bataillone" die Rede ist und von "rigorosen Säuberern", die es besonders auf Katholiken abgesehen hätten - und wenn das von den Bischöfen finanzierte "Publik" schreibt, das sei alles nicht wahr. Fragt man nach dem Wurm, der hier irgendwo drin sein muß, stößt man geradewegs auf die personellen Hintergründe. Der Kirche selbst ist das alles nicht anzulasten. Der fortschrittliche Teil von ihr hat gegen massive Intrigen aus dem parteipolitischen Hintergrund schließlich gerade erst "Publik" gerettet, eine bewußt katholische Publikation, die bewußt nicht die Interessen der CDU/CSU vertritt, sondern parteipolitisch neutral ist. Die Bischöfe, wenn auch nicht alle, lassen mit "Publik" ein Blatt erscheinen, dessen Redakteure eine katholische Zeitung ohne CDU-Brille machen.

Gerade das ist der neuralgische Punkt bei der rechtskatholischen Presse: Die nach wie vor weitgehende Vermischung von katholischen und CDU-politischen Interessen, die ihre Ursache darin hat, daß die Schlüsselpositionen in dieser Presse ausschließlich von Mitgliedern der CDU oder CSU besetzt sind, zumindestens mit zuverlässigen Sympathisanten dieser Parteien. Nur so ist zu erklären, wenn Blätter katholischer Couleur, ja selbst die von den Bischöfen und ihren Hausblättern getragene Nachrichten-Agentur, die legitimen Personalveränderungen im Zuge des Regierungswechsels, die keinerlei konfessionelle Gründe haben, zu einer "Christenverfolgung" umfunktionieren und als einen Affront gegen die Kirche auslegen.

Die personalpolitische Schlagseite in den offiziellen, offiziellen und in den von der Amtskirche geförderten oder mindestens wohlwollend tolerierten Publikationen ist es, die die Kirche immer wieder in den Verdacht geraten läßt, auch im eigenen Lager, parteilich zu sein und einer bestimmten politischen Ansicht die Autorität einer Glaubensverkündung verschaffen zu wollen. Wohl mit Recht und theologischer Rechtfertigung wenden hier kritische Katholiken ein, daß die Kirche, die hier in den Verdacht gebracht wird, dadurch die Glaubensverkündung zu einer bloßen Ansicht degradiert und gegen das Bekenntnis des Konzils verstößt, daß Christen in Fragen der Politik verschiedener Meinung sein können, ohne daß eine dieser Meinungen die Autorität der Kirche beanspruchen kann. Die Kirche muß ihres Selbstverständnisses wegen darum besorgt sein, daß sie nicht mit trojanischem Trick als Kulisse für ein CDU/CSU-Theater mißbraucht wird.